

nie gesehener Konzentration die Lehre von Religions-Gesetz und Prophetie zusammenfaßte. — Daß dies überwiegend nicht erkannt wurde, ist wohl sehr weitgehend aus Unwissenheit zu erklären. Die gläubig gewordenen Weltvölker aber rechnen diese den ohne jeden Zweifel unschuldigen späteren jüdischen Geschlechtern als Kollektivschuld an, und nun mußte das Volk als Ganzes durch Jahrhunderte den Kreuzweg gehen und nach der Bergpredigt leben... Jeder heidenchristlichen „Mission“ blieb und bleibt dieses Volk unzugänglich; aber aus sich selbst kann es nach der Heimkehr in sein Land nur zur Erneuerung kommen, wenn es den Schritt zu Christus tut, sonst wird sein Staat ein bloßer Staat wie andere auch und verschwindet wieder. Das Evangelium, das aus Israel gekommen ist, muß zurück nach Israel.

In der Aussprache führte u. a. P. Paulus Engelhardt O.P. aus, die Christenheit werde bei der Verständigung mit einem zu Jesus heimfindenden Israel wohl gerade nur viele und dogmatische Vorurteile und nicht „Dogmen zurückstellen“ müssen, wie der Redner gemeint hatte. — Dieser entwickelte noch auf Fragen, daß nicht die erstarrte Orthodoxie, sondern das liberale Judentum, ja das heute z. T. noch „marxistisch“ denkende Judentum der Gemeinschafts-siedlungen, die Trägerschaft jenes religiösen Suchens sei, das zu Christus führen muß, auch wenn heute erst ganz wenige dies zu ahnen beginnen. Professor Dr. Karl Thieme führte aus, daß unter den denkenden Christen heute die Erkenntnis vordringe, so wie Katholiken und Protestanten einander nicht „missionieren“, sondern als „getrennte Brüder“ zu respektieren und auf dieser Basis ein Gespräch um die Wahrheit zu führen begonnen hätten, ähnlich stehe es zwischen den Christen und den Juden, die auch wir als Kreuzträgervolk — ganz unabhängig von der Schuldfrage für Jesu Zeitgenossen — zu verstehen lernen.

9. 9) Stimmen studentischer Jugend

Ein Beschluß des Bundes demokratischer Studentenvereinigungen:

„Der Bund demokratischer Studentenvereinigungen bekennt sich zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung der am Judentum begangenen Verbrechen des Nationalsozialismus und schließt sich der Aktion des Hamburger Senatsdirektors Lüth 'Wir bitten Israel um Frieden' an.“ So lautet einer der Beschlüsse der Mitgliederversammlung des Bundes demokratischer Studentenvereinigungen, die Ende Oktober in Westberlin abgeschlossen wurde.

(In: „Allgemeine Wochenzeitung der Juden“ VI. [Düsseldorf, 26. 10. 51.] 29. S. 1)

Die Gruppe der Pädagogischen Hochschule des Landesverbandes Berlin des Sozialistischen Studentenbundes nahm Ende November in nachstehender Entschliebung zu den antisemitischen Ausführungen des Bundestagsabgeordneten Dr. Richter Stellung (s. S. 51). In einem Begleitschreiben brachte die Gruppe den Wunsch zum Ausdruck, damit eine kleine Anregung geben zu können, „wie die Brücken zu den Herzen unserer jüdischen Mitbürger wieder errichtet werden können“. Die Resolution lautet: „Die Gruppe des Sozialistischen Deutschen Studentenbun-

des an der Pädagogischen Hochschule Berlin-Lankwitz hat mit Empörung von den Auslassungen des Abgeordneten Richter der SKP im Bundestag Kenntnis genommen. Wir sind der Auffassung, daß diese ungeheuerliche Entgleisung die letzte sein muß, die in Deutschland gegen das israelitische Volk ausgesprochen werden kann, und wir bitten alle zuständigen Stellen, dafür zu sorgen, daß sich ähnliche Vorfälle nicht mehr ereignen können. Wir sind fest davon überzeugt, daß kein Volk der Erde einen größeren Anspruch auf Reparationen hat als das jüdische und eine nur moralische Wiedergutmachung in keinem Falle genügt. Wir verpflichten uns, als künftige Erzieher alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um in der deutschen Jugend die Prinzipien der Menschenrechte, insbesondere aber die Tolerierung anderer Völker, Rassen und Konfessionen zu fördern.

Darüber hinaus schlagen wir als konsequente Fortsetzung des Aufrufes „Friede mit Israel“ eine Aktion der deutschen Jugend „Wiedergutmachung für Israel“ vor. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, schnellstens Stellung zu der Reparationsnote der israelischen Regierung zu nehmen. Wir fordern die deutsche Industrie auf, ernsthafte Vorschläge zu machen, wie der sich mühsam aufbauenden Industrie des Landes Israel geholfen werden kann. Wir bitten die Parteien und Gewerkschaften, diese unsere Forderung zu unterstützen. Wir fordern die deutsche Jugend — vor allem die akademische — auf, sich zu einem freiwilligen Aufbaudienst im Lande Israel bereitzuerklären. Wir bitten das jüdische Volk, diesen Aufruf so aufzunehmen, wie er gemeint ist. Er soll den Willen der deutschen Jugend zeigen, das nach ihrer Ansicht Notwendige dazu beizutragen, die Wunden der Vergangenheit zu heilen, das Verhältnis zwischen unseren Völkern zu bessern und zu beweisen, daß wir nicht nur Worte sprechen wollen, sondern auch bereit sind, Taten folgen zu lassen.“

(Nach: „Allgemeine Wochenzeitung für Juden. VI. [Düsseldorf, 30. 11. 51.] 34. S. 1)

Vorlesungen über jüdische Kultur- und Geistesgeschichte gefordert

Die Studentenvertretung der Westberliner Freien Universität will ihre Vertreter in den Fakultäten und im Senat beauftragen, sich für öffentliche Vorlesungen über jüdische Kultur- und Geistesgeschichte einzusetzen. Der Vertreter der Studentenschaft im Kuratorium soll sich dafür verwenden, daß die notwendigen Mittel zur Errichtung eines Lehrstuhls für Jüdische Kultur- und Geistesgeschichte bereitgestellt werden. Die Vollversammlung der philosophischen Fakultät der Freien Universität hat einstimmig diesen Beschluß der Studentenvertretung gebilligt.

(In: „Allgemeine Wochenzeitung“ V. [Düsseldorf, 16. 2. 51.] 45. S. 1)

Nach Redaktionsschluß wird uns bekannt, daß in München mehrere Studentengruppen, darunter die „Katholische Studenten-Gemeinde“, und in Göttingen die Vertretung der Gesamtstudentenschaft sich der Aktion „Friede mit Israel“ angeschlossen haben.

10) Kleine Nachrichten

10/1) Schriftsteller ruft zur Hilfe für die Juden auf

Der Schriftsteller Wolfgang Weyrauch hat die deutschen Schriftsteller in einem „Manifest“ zur Hilfe für die noch in Deutschland lebenden Juden aufgerufen und sie aufgefordert, sich in ihrer Arbeit mit dem Schicksal der unter dem nationalsozialistischen Regime rassistisch Verfolgten auseinanderzusetzen.

Weyrauch schlägt vor, als praktische Hilfe solle jeder Schriftsteller nach seinem Einkommen eine jüdische Waise oder einen Insassen eines jüdischen Altersheimes unterstützen. Außerdem sollte er eine Arbeit schreiben „und mit der äußersten Konsequenz zu veröffentlichten suchen“, die das Los der Juden in Deutschland unter der nationalsozialistischen Herrschaft behandelt.

Außer Luise Rinser, Alfred Andersch und Albrecht Goes, erklärt Weyrauch, habe sich kein einziger deutscher Schriftsteller — „mich eingeschlossen“ — um das Los der

Juden in Deutschland zwischen 1933 und 1945 öffentlich gekümmert oder sich mit ihrem Schicksal auseinandergesetzt. Die deutschen Schriftsteller sollten darüber nachdenken, ob sie sich nicht eines besseren besinnen wollten. Ihr bisheriges Schweigen schmälere das Ansehen ihres Standes und beeinträchtige die Ehre des Vaterlandes. Es hindere ferner, daß sich das Phänomen der Gerechtigkeit in Deutschland ausbreitet. Wiedergutmacht könne nichts mehr werden. Aber „wäre es ausgeschlossen, daß wir den Juden, die noch unter uns sind, helfen?“

(In: „Allgemeine Wochenzeitung der Juden“ VI. [Düsseldorf, 26. 10. 51.] 29. S. 2)

10/2) Zur Wiedergutmachung

Die Reparationskonferenz in New York wählte zwei Komitees. Das eine besteht aus den 20 Vertretern der Organisationen und hat politische Fragen zu behandeln. Das andere besteht aus 12 Personen und hat praktische Schritte vorzubereiten. In diesem Komitee befinden sich Dr. Leo